

---

## N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 19. September 2011**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Kleiner Sitzungssaal.

**Beginn: 14:00 Uhr**

**Ende: 14:50 Uhr**

### TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	<b>Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff. SGB XII - 2010</b>	<b>2011/332</b>
2.	<b>Erstellung eines Kreissenioresplans für den Landkreis Konstanz;</b> Aktueller Sachstand	<b>2011/336</b>
3.	<b>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</b>	
3.1.	<b>Krankenhausstruktur im Landkreis Konstanz;</b> Sachstand	
3.2.	<b>Sicherstellung der Palliativ-Versorgung im Landkreis Konstanz;</b> Abschluss eines Vertrages zwischen den Trägern und den Krankenkassen	

**Anwesend:**

Landrat **Hämmerle**, Frank (Vorsitz)

**Stimmberechtigte Mitglieder:**

**Binder**, Hans-Peter (als Vertreter für den entschuldigten **Hoffmann**, Andreas)

**Brennenstuhl**, Heinz

**Goten, van der**, Michael, Dr.

**Hahn**, Max, Dr.

**Happle-Lung**, Ines

**Herberger**, Veronika

**Hettesheimer**, Klaus

**Hofer**, Sigrid, Dr.

**Kammerer**, Barbara

**Kessler**, Peter

**Kuppel**, Oliver (für den entschuldigten **Reckziegel**, Josef)

**Netzhammer**, Veronika

**Özdemir**, Zekine

**Sargk**, Susanne

**Volz**, Tobias

**Beratende Mitglieder:**

**Effinger**, Andreas (als Vertreter für den entschuldigten **Neidig**, Werner)

**Ehret**, Matthias

**Gerspacher**, Rudolf

**Entschuldigte:**

**Boldt**, Claus (und Vertreter)

**Grams**, Christian (und Vertreter)

**Hoffmann**, Andreas

**Keck**, Jürgen (und Vertreter)

**Moser, Franz** (und Vertreter)

**Neidig**, Werner

**Reckziegel**, Josef

**Von der Verwaltung nehmen teil:**

**Restle**, Berthold

**Goßner**, Axel

**Mende**, Susanne

**Rötschke**, Susanne

**Roth**, Manfred (Protokoll)

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

## **1. Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff. SGB XII - 2010**

Kreisrätin **Sargk** stellt namens der Fraktion der SPD fest, dass viele Kinder außerhalb des Landkreises untergebracht seien. Zum 31.12.2010 seien 132 Kinder in Einrichtungen untergebracht gewesen, insbesondere im Raum Bodensee-Oberschwaben. Lediglich 19 Kinder seien im Landkreis in Mühlhausen-Ehingen (Haus am Mühlebach) untergebracht. Gebe es Überlegungen, wie man dieses Verhältnis ändern könnte? Bleibe es bei dem „dünnen Angebot“ im Landkreis selbst?

Auf Seite 19 sei dargestellt, dass für 21 Personen, die am 31.12.2010 bereits 60 Jahre und älter waren, zeitnah ein Angebot (tagesstrukturierendes Angebot für Senioren) benötigt werde. Wie wolle man dem gerecht werden?

Kreisrat **Dr. van der Goten** ergänzt, dass oftmals ältere Behinderte von ihren noch älteren Eltern gepflegt werden. Hier werde ein weiteres Problem sichtbar.

Kreisrätin **Dr. Hofer** schließt sich der Wortmeldung von Kreisrätin **Sargk** an. Nach wie vor gebe es eine stetig steigende Anzahl an seelisch Behinderten. Wie könne man da ggf. präventiv etwas dagegen tun?

Kreisrätin **Kammerer** verweist auf den beschlossenen Teilhabeplan. Inwieweit sei dieser bisher schon umgesetzt worden und wo gebe es noch offene Punkte aus den Handlungsempfehlungen?

Kreisrat **Dr. Hahn** stellt die Problematik der alternden behinderten Personen dar. Hier müsse dringend etwas getan werden, die Not sei in solchen Fällen oft sehr groß.

Herr **Goßner** antwortet, dass die Zahl der seelisch Behinderten seit 2005 drastisch zugenommen habe. Bei den Neuzugängen liege deren Anteil bei nahezu 2/3. Unabhängig davon sei der Begriff der „seelischen Behinderung“ schwer abgrenzbar, was sich in der Praxis als problematisch erweise.

Kreisrat **Dr. Hahn** hält dieses Problem für überschau- und beherrschbar.

Herr **Goßner** ergänzt, dass es zutrefte, dass man durch eine frühe Förderung präventiv etwas bewegen könne. Im Übrigen werde sich das Angebot im Landkreis verbessern, für das Don-Bosco-Heim in Konstanz habe im Juli der Spatenstich stattgefunden. Der Landkreis selbst könne sich jedoch in diesem Bereich nicht engagieren, dies sei Sache der jeweiligen Träger.

Der **Vorsitzende** mahnt den Grundsatz der Konnexität an. Daher mache der Landkreis als Modellkreis beim Thema „Inklusion“ mit. So könnten die Kosten festgestellt und dokumentiert werden.

Herr **Restle** ergänzt, dass es bisher keine Wünsche auf inklusive Beschulung gegeben habe. Niemand werde gegen seinen Willen von einer Sonderschule in eine Regelschule gezwungen. Über entsprechende Anträge entscheide die Bildungskonferenz.

Herr **Goßner** teilt mit, dass es bezüglich der Lebenserwartung behinderter Menschen keine Erkenntnisse gebe. Daher müsse man bis auf weiteres davon ausgehen, dass sich diese nicht von der Lebenserwartung Gesunder unterscheide. Insofern müsse man entsprechend planen.

Kreisrat **Dr. Hahn** sieht dies anders. Im Alter kämen gerade bei diesem Klientel verstärkt Krankheiten dazu. Er gehe deshalb davon aus, dass Behinderte eine eher kürzere Lebenserwartung hätten. Evtl. gebe es darüber beim Statistischen Landesamt nähere Erkenntnisse.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass man sich diesbezüglich erkundigen werde. Klar sei, dass Behinderte länger leben als in vergangenen Jahrzehnten, auch deren Lebenserwartung sei gestiegen. Darauf müsse man sich einrichten. Bei den auswärts untergebrachten Personen höre man immer wieder, dass diese in ihrer Einrichtung bleiben und nicht in den Landkreis zurückkehren wollen. Das müsse man respektieren und tue dies auch.

Kreisrätin **Sargk** bestätigt dies. Dennoch müsse man die künftige Entwicklung im Hinblick auf die hohen Steigerungsraten schon heute im Blick behalten.

Herr **Goßner** teilt mit, dass man Gespräche mit potenziellen Investoren geführt habe. Wichtig sei es auch, niederschwellige Arbeitsangebote für psychisch kranke Menschen bereitzuhalten bzw. einzurichten. Im Übrigen seien die erwarteten Steigerungsraten nach 2005 nicht eingetreten, hier habe sich die Delegation auf die Landkreise gelohnt, denn so sei eine bedarfsgerechte und ortsnahe Steuerung möglich geworden. Man werde die Anregungen und Fragen aufnehmen und in die weitere Planung einbeziehen.

**Weitere Wortmeldungen folgen nicht. Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.**

## **2. Erstellung eines Kreissenorenplans für den Landkreis Konstanz;**

### **aktueller Sachstand**

Herr **Goßner** stellt den Sachstand dar.

Kreisrätin **Özdemir** fordert eine rasche Erstellung des Plans. Hier dürfe man nicht länger warten, dies sei man den Menschen schuldig.

**Weitere Wortmeldungen folgen nicht. Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.**

## **3. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche**

### **3.1 Krankenhausstruktur im Landkreis Konstanz;**

#### **Sachstand**

Kreisrat **Dr. Hahn** erkundigt sich nach dem Sachstand. Er habe den Eindruck, dass die Chefärzte die Kreisholding wollen, daher müsse auch die Politik mitziehen. Wenn die Holding nicht zustande kommen sollte, hätte das sehr negative Konsequenzen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass auch die Personalvertretungen der Holding positiv gegenüber stünden. Eine rechtliche Verpflichtung auf Einbeziehung bestehe zwar zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht, dennoch werde man die Personalvertretungen schon jetzt in den weiteren Prozess mit einbeziehen. Darüber habe man am 12.09.2011 im Lenkungsausschuss gesprochen und eine gute Regelung gefunden.

Man habe auch versucht, die kartellrechtlichen Fragen nochmals zu klären. Die bezüglichen Fragen habe man dem Kartellamt vorab zukommen lassen. Das Amt habe jedoch kurz vor dem vereinbarten Termin mitgeteilt, dass sich gegenüber der bereits

bekannten Sach- und Rechtslage keine Änderungen ergeben hätten, sodass eine erneute Erörterung nicht erforderlich sei. Der Termin wurde abgesagt.

Durch die Gründung der Holding werde es viele Synergieeffekte geben, außerdem werde man in Zukunft Abteilungen bzw. Bereiche, in denen der Gesetzgeber/die Kassen Mindestmengen vorgeben, nur dann im Landkreis halten können, wenn man fusioniere.

Im Lenkungsausschuss habe man zwischenzeitlich weitere Verfeinerungen der Konzeption und des Konsortialvertrags vorgenommen und am 28.11.2011 werde sich der Kreistag im Rahmen einer Sondersitzung noch vor der Beratung des Haushalts 2012 ausschließlich mit dem Thema „Krankenhausstruktur“ befassen. Nach der Beratung im Kreistag seien dann die städtischen Gremien und die Gesellschafter am Zug.

Mit dem Regierungspräsidium Freiburg und der Zusatzversorgungskasse befinde man sich in einem konstruktiven Dialog zur Klärung aller noch offenen Fragen.

Im Übrigen bestätige er den Eindruck von Kreisrat **Dr. Hahn**, auch in den Teilprojektgruppen arbeite man konstruktiv und vertrauensvoll an der Abarbeitung der Aufgabenstellungen. Außerdem setze sich wohl langsam die Einsicht durch, dass eine kommunale Krankenhauslösung nur so zustande kommen könne und dass es dazu im Interesse einer Aufrechterhaltung einer flächendeckenden, hochwertigen medizinischen Versorgung für die Bewohner des Landkreises auch kommen müsse.

Die Stadt Stockach habe zwar einen anderen Weg gewählt, aber dies sei deren gutes Recht und die Zukunft werde zeigen, ob das richtig gewesen sei oder nicht. Der Kreistag habe der Stadt Stockach – im Falle einer Beteiligung an der Kreislösung – für drei Jahre einen Zuschuss für erforderliche Strukturanpassungen in Höhe von ca. 475.000 € bewilligt. Da dieser Zuschuss nun nicht mehr benötigt werde, schlage er vor, die Holding mit einem entsprechend höheren Eigenkapital ausstatten.

Am morgigen Dienstag werde er im Gemeinderat/Stiftungsrat der Stadt Radolfzell Rede und Antwort stehen. Er hoffe, dass sich auch dort die Einsicht durchsetze, dass man nur gemeinsam auf Dauer überleben könne. Es treffe zwar zu, dass es unterschiedliche Interessenslagen gebe, aber dennoch plädiere er dafür, den eingeschlagenen Weg zu Ende zu gehen. Die Due-Diligence-Prüfung laufe derzeit, danach sehe man weiter.

Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.

### **3.2 Sicherstellung der Palliativ-Versorgung im Landkreis Konstanz;**

#### **Abschluss eines Vertrages zwischen den Trägern und den Krankenkassen**

Kreisrat **Dr. Hahn** teilt mit, dass die Versicherten einen gesetzlichen Anspruch auf eine Palliativversorgung hätten. Unabhängig davon hätten es die Kassen und die Träger noch nicht geschafft, eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen, obwohl dies schon seit 2007 Pflicht sei. Singen und Konstanz hätten versprochen, dies zu tun, aber geschehen sei bis heute nichts. Jetzt gebe es wohl weitere Gespräche und er bitte den **Vorsitzenden** um Unterstützung, dass der Vertrag mit den Krankenkassen endlich zustande komme. Der Landkreis Konstanz sei einer der wenigen Landkreise, in dem dies bisher nicht der Fall sei.

Herr **Restle** bestätigt, dass die Palliativversorgung im medizinischen Konzept der Kreisholding vorgesehen sei.

Kreisrätin **Happle-Lung** bestätigt, dass im Krankenhaus Konstanz um Personal für eine solche Station geworben werde. Man wolle zunächst mit 6 Plätzen beginnen, da-

nach solle das Angebot auf 12 Plätze erweitert werden.

Kreisrat **Dr. Hahn** teilt mit, dass es um ein ambulantes (nicht stationäres) Angebot gehe. Dies gebe es bisher nicht und darum müsse der Landkreis als Aufsichtsbehörde für den Gesundheitsbereich tätig werden.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass es sich um eine politische Angelegenheit handle. Das Landratsamt sei nicht Rechtsaufsicht über die Krankenkassen, auch nicht über die Krankenhäuser. Er nehme das Anliegen aber auf und werde mit Herrn **Dalton** (AOK) reden.

Kreisrat **Volz** teilt mit, dass es entsprechende Gespräche gebe mit dem Ziel, eine entsprechende Vereinbarung zu schließen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 14:50 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

**Für den Ausschuss:**

Frank Hämmerle

Heinz Brennenstuhl

Dr. Max Hahn

**Für das Protokoll:**

Manfred Roth